

# *Vieles erinnert an den Untergang der Titanic*

Von REINHOLD MICHELS

DÜSSELDORF. Die Titanic-Metapher wird immer gebräuchlicher, wenn über Deutschlands kritische Lage gesprochen wird. Auch der sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU) verglich gestern Abend in Düsseldorf das Schicksal des 1912 gesunkenen Ozeanriesen mit dem Staatsschiff Bundesrepublik D.:

Vor 90 Jahren schrammte die Titanic mit schrecklichen Folgen einen Eisberg, den die Schiffslenker hätten sehen können. „Gilt“, so fragte Milbradt, „auch das Staatsschiff, wie die Titanic, als unsinkbar?“ Der Ministerpräsident antwortete schonungslos: „Der Staat ist nicht unsinkbar, es dauert bei falscher Politik nur etwas länger mit dem Untergang als bei der Titanic.“ Ökonomie-Professor Milbradt, der aus Dortmund stammt und nun in Dresden regiert, fegte anschließend wie ein scharfer politischer Ostwind über seine wirtschaftskundigen Zuhörer hinweg. Milbradts Reparaturvorschläge für das Staatsschiff lassen sich so zusammenfassen:

- Den Staat nicht weiter überfordern.
- Mehr bürgerschaftliches Engagement zeigen.
- Sich an die Spitze des Reformprozesses setzen.
- Veränderung als Chance begreifen.
- Die Pioniere gewähren lassen, damit sie Nachahmer finden.
- Ungleichheiten tolerieren.

Allein durch die demografische Entwicklung (zuwenig Geburten) werde das Land in 20 bis 30 Jahren vor sozialpolitische Probleme gestellt wie seit Jahrhunderten nicht mehr. Um das Rentensystem zu stabilisieren, benötigte man 150 Millionen Einwanderer - „eine völlig illusorische Vorstellung“. Wolle Deutschland seinen Sozialstaat-Standard halten, gehe das nur um den Preis von Einkommenseinbußen. „Osteuropa und Ostasien werden einen Teufel tun und sich sozialpolitisch uns anpassen, die wollen ein Stück vom Wohlstandskuchen für sich.“

Der Ministerpräsident aus Sachsen plädierte für mehr Leistungsanreize in den Schulen: „Vier Milliarden vom Bund für den Ausbau der Küchen im Ganztagschulbetrieb - Welch ein Schwachsinn. Es kommt weniger auf Geldzuflüsse, sondern mehr auf die bildungspolitischen Inhalte an.“ Milbradt focht für mehr Arbeitsmarkt-Flexibilität, für betriebliche Bündnisse für Arbeit. Wer, wie Gewerkschaften, aber auch Arbeitgeberverbände nur Besitzstände bewahren wolle, werde erleben, dass der Staat am Ende nicht einmal mehr ein Minimum an Sozialschutz leisten könne.

Weitere Rezepturen Milbradts: „Weg mit einheitlichen Ladenschluss-Regeln. Lasst die Bürgermeister entscheiden.“ Oder: „Weg mit dem Einheitstarif im öffentlichen Dienst. Wir tun so, als stünde das im Grundgesetz. Tut es aber nicht.“